

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1960

An dieser Stelle war in Heft 6/1960 berichtet worden, daß nach dem Abschluß der landwirtschaftlichen Zwangskollektivierung die SED ihr Augenmerk auf die *Sozialisierung des gewerblichen Mittelstandes* gerichtet hatte. Die Kampagne zur Bildung von Handwerker-Produktionsgenossenschaften lief in fast allen Orten der SBZ bereits auf vollen Touren, als plötzlich auf allerhöchste Anweisung die „sozialistische Aktivität“ in dieser Richtung gebremst wurde. In offiziellen Entschließungen von Parteigremien bekannte man sich auf einmal wieder zu dem Grundsatz strengster Freiwilligkeit. „Die ideologisch-politische Überzeugungsarbeit unter den städtischen Mittelschichten ist geduldig und systematisch durchzuführen.“

Dieser plötzliche Wandel in den offiziellen Direktiven, der bei den unteren Partei- und Staatsstellen nicht überall auf Verständnis stoßen wird, geht darauf zurück, daß die Erfahrungen mit der „zweiten Bodenreform“ in den ersten Monaten dieses Jahres — das Anschwellen des Flüchtlingsstromes nach dem Westen und der Zwang für die neuen Kollektivwirtschaften, ganz plötzlich mit einer Fülle von Problemen fertig zu werden; anders als bei allmählicher Sozialisierung — eine Warnung vor Parallelerscheinungen bei dem gewerblichen Mittelstand der SBZ bedeuteten. Die auf dem „normalen“ Wege versorgten Bevölkerungsteile der SBZ sind sich in ihrem Urteil über die Versorgungslage im letzten Winter darin einig, daß sie seit Jahren nicht so schlecht gewesen ist. In dieser Situation war die SED-Führung klug genug, eine der Säulen des Versorgungsapparates für Waren, Reparatur-, Produktions- und Dienstleistungen — das Handwerk — nicht einem überstürzten Kollektivierungsexperiment zu unterziehen. „Die Bildung von neuen Produktionsgenossenschaften des Handwerks soll nur dann erfolgen, wenn dadurch eine Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung erreicht wird.“ Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Handwerker der Zone geben sich über die unerwartete Galgenfrist keinen Illusionen hin. Das Handwerk soll mit den Betrieben der privaten Kleinindustrie die Produktion von Konsumgütern erhöhen. Das sei „ein wesentlicher Beitrag zur besseren Versorgung der Bevölkerung“.

Die *staatliche Konsumgüterindustrie* ist unentwickelt, und mit dem seit dem Jahre 1953 bestehenden Programm der Massenbe-

darfsgüterproduktion durch Betriebe der Produktionsmittelindustrie stößt die SED bei diesen Betrieben immer wieder auf Schwierigkeiten. Die Bezirksdelegiertenkonferenz von Ost-Berlin mußte im Juni dieses Jahres den Betrieben Ost-Berlins sogar ein „ernstes Zurückbleiben in der Erfüllung des Konsumgüterprogramms“ bescheinigen.

Aber nicht nur in der Produktion von Konsumgütern muß bisher noch die private Leistungskraft des gewerblichen Mittelstandes die Lücken der Staatswirtschaft ausfüllen, sondern auch im *Handel*. Die Parteiorganisationen der SED sind aufgerufen worden, zahlenmäßig und qualitativ ihren Einfluß im gesamten Handelsapparat zu verstärken. Die SED hofft, damit das Übel an der Wurzel packen zu können, „die bestehenden ernstesten Mängel im Handel zu überwinden und das Verantwortungsbewußtsein der Handelsfunktionäre zu erhöhen“. Die SED mußte zugeben, daß immer wieder Versorgungsstörungen, besonders auf dem Lebensmittelsektor, auftreten, daß es in den neu gebildeten Großhandelsgesellschaften an straffer Organisation und Disziplin fehlt, daß das Lagerwesen unter Zersplitterung leidet usw. Sicherlich läßt sich noch manche aus Unfähigkeit oder Nachlässigkeit herrührende Fehlleistung durch eine stärkere Parteikontrolle ausmerzen, aber wie will man die Verkaufskultur heben, wenn es zuwenig zu verkaufen gibt, und wie will man der „Verteilerideologie“ Herr werden, wie es ständig gefordert wird, wenn man das staatliche Totalplanungssystem beibehält? Ein staatlicher Handelsfunktionär wird nur selten ein guter Kaufmann sein können. Dazu läßt ihm, selbst wenn er es wollte, das System nicht genug Spielraum.

Mitte dieses Jahres wurden die Preise einer Reihe von Textilerzeugnissen gesenkt, eine für den Kunden erfreuliche Begebenheit. Noch immer sind aber die Preise für Herrenanzüge und -mäntel sowie für Damenoberbekleidung vergleichbarer Qualität in der SBZ höher als in West-Berlin. In sehr vielen Fällen, auch bei anderen Konsumgütern, läßt sich jedoch die Qualität *nicht* vergleichen. Die Gütekontrolle in den Produktionsbetrieben müßte bei korrekter Arbeit erheblich mehr Beanstandungen aussprechen, als sie es gegenwärtig tut. Je verantwortungsbewußter sie handelt, desto geringer ist der Grad der Planerfüllung in der Produktion, und es ist zum ständigen Gebrauch geworden, Ausschußware nach unzulänglicher Überarbeitung dann doch in den Handel zu geben.

Die Verkaufsstellen des staatlichen Einzelhandels werden bei der Aussortierung von qualitätsgeminderten Erzeugnissen durch sogenannte HO-Beiräte unterstützt. Für schlechte Qualität macht man das Fabelwesen „Otto Murks“ verantwortlich, während sein Pendant für gute Qualität den Namen „Ilse Güte“ trägt. Diese Sucht zur Symbolisierung, die im Bereich der Energiewirtschaft das Unge-

heuer „Wattfraß“ schuf, knüpft an Kohlenklau, Groschengrab und andere Vorbilder des Dritten Reiches an. Es ist der Vorzug solcher Symbole, daß man hinter ihnen mangelhafte Leistung verstecken kann. In einer HO-Konfektionsverkaufsstelle in Leipzig prüfte der HO-Beirat kürzlich mit dem Ergebnis, daß von zehn ausgewählten Kleidungsstücken sieben zu Beanstandungen Anlaß gaben. Die Konsumgenossenschaft in StalinStadt mußte darüber Klage führen, daß von 20 Paar Kinderschuhen aus der volkseigenen Schuhfabrik Neuruppin sechs Paar nicht verkauft werden konnten, weil die Verschußschnallen kaputt waren. Von der Importleitstelle Halle hätte sie fünf Aktentaschen erhalten, davon jedoch vier mit defekten Schlössern. Von der gleichen Stelle kämen immer wieder Schuhe unpaarig gepackt; zwei linke Schuhe könne aber kein Kunde gebrauchen. Der Käufer eines Schlafzimmers mit dem Gütezeichen 1 für 2015,30 D-Mark aus der Produktion eines VEB in Chemnitz war noch mehr angeschmiert. Nach wenigen Wochen blätterte das Furnier von den Schränken ab. An der Frisiertoilette wellte es sich und brach. Nach 14 Tagen hatten die Federn der Liegen ihre Elastizität weitgehend eingebüßt, und in der Polsterung fehlte eine Watteschicht von Anfang an. Alle Reklamationen waren umsonst. Ein Dreivierteljahr nach dem Kauf lag der Käufer noch immer in seinem unverbesserten „Qualitätsschlafzimmer“. Niemand fühlte sich verpflichtet, die Schäden zu beseitigen. Da in den HO-Verkaufsstellen grundsätzlich bar bezahlt werden muß, hatte der Kunde kein Druckmittel mehr in der Hand.

Das sind keine Ausnahmefälle, sondern seit Jahren die weit verbreiteten Begleiterscheinungen der ungenügenden Versorgung mit Konsumgütern. Da sitzen z. B. 64 Haushalte in Neubauhäusern auf der Lohmühlenstraße in Berlin-Treptow seit Oktober 1959 ohne Gas, weil die GASAG sämtliche Gashähne plombiert hat, da die Abzugsrohre für die Durchlauferhitzer und Gasöfen nicht in Ordnung waren. Eine lobenswerte Sicherheitsmaßnahme, aber doch zugleich ein trauriges Zeichen für die Leistungskraft dieses Systems, daß solche geringfügigen Defekte selbst in neun Monaten nicht behoben werden konnten. Die Mieter des Hauses Habersathstraße 52 in Berlin-Mitte sind auf die Errungenschaften der Planung ebenfalls nicht gut zu sprechen. Als die „Kommunale Wohnungsverwaltung Mitte“, der das Haus untersteht, vor einem Vierteljahr die Fassade verputzen ließ, sollte auch das Dach neu gedeckt werden. Mit dem Abriß der alten Ziegel war es jedoch getan. Das Haus ist inzwischen allseits gut durchgefeuchtet, und die Mieter müssen ohne elektrisches Licht und ohne Gas kampieren.

*

Solche Folgen von Verantwortungslosigkeit, fehlendem „sozialistischem Bewußtsein“ und

Unfähigkeit erhalten in einer aufs äußerste angespannten und an einem Mangel an Überschüssen und Reserven leidenden Wirtschaft ein besonderes Gewicht. Die SBZ ist eines der rohstoffabhängigsten Industriegebiete der Welt. Man sollte also annehmen, daß die Einfuhren sehr kritisch ausgewählt und unter die Lupe genommen würden, zumal der Staat das Außenhandelsmonopol, dafür aber keine Devisen hat. Vor kurzer Zeit mußte jedoch in der der Plankommission nahestehenden Zeitschrift *Die Wirtschaft* scharf kritisiert werden, daß die Qualität der Importe ungenügend überwacht werde. Dabei wies man darauf hin, daß Inlandsproduktion solcher „Güte“ von den Verarbeitungsbetrieben oder den Endverbrauchern als Schund abgelehnt werden würde; bei Importwaren sei, das jedoch schwierig, weil sie nicht im Überfluß vorhanden wären.

Die DIA Textil hätte z.B. mangelhaftes Zeltbahngewebe importiert, aus dem beim besten Willen keine Qualitäts-Camping-Artikel herzustellen seien. Die DIA Elektrotechnik habe sich elektrische Herde, Backgeräte, Bratöfen und Brotröster andrehen lassen, die keinen Qualitätsvergleich mit Inlandsware aushielten. 200 t Holzschrauben mit Maßabweichungen, Unsauberkeiten, völlig vermurkst und mit einer Wertminderung bis zu 30 vH seien eingeführt worden; ebenso höchst minderwertige Polsterfedern. Auch bei so untergeordneten Importwaren, wie Eßbestecke, die sich beim ersten Gebrauch verbögen, Federbällen, die nicht den Wettkampfbedingungen entsprochen hätten und nun die Lager füllten und Zitronen, die winzig klein und grasgrün seien, habe man bei den staatlichen Einfuhrstellen offenbar nicht bedacht, daß für solche Schluderware wertvolle Exporte geliefert werden mußten.

Bei der kritischen Inrechnungstellung solcher Erscheinungen verlieren die sonst imponierenden Statistiken und offiziellen Leistungsberichte aus Mitteldeutschland mehr oder weniger an Glanz. In den ersten fünf Monaten soll die industrielle Bruttoproduktion gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,3 vH gestiegen sein, besonders steil in den Privatbetrieben mit Kapitalbeteiligung mit einem Zuwachs von 18,9 vH, am flachsten in den reinen Privatbetrieben mit 8,3 vH und in dem Gros der VEB mit 10,9 vH. Daß hier die Beteiligungsbetriebe so stark herausragen, geht darauf zurück, daß sie aus dem Dornröschendasein der rein privaten Produktion mit all den bestehenden Hemmungen und Mängeln durch die Staatsbeteiligung in den Genuß der volkseigenen Produktionsvorteile geraten sind. Dieser Zuwachs ist also kein echter, sondern ein auf schwerwiegenden Änderungen beruhender Zuwachs. Er ist demnach für die Masse dieser Betriebe auch nicht wiederholbar. Man muß also bei derartigen Zuwachsvergleichen mit westlichen Quoten sehr vorsichtig sein. Ein großer Teil der in allen

Ostblockstaaten zu verzeichnenden Wachstumsraten, die vielfach auf unverhältnismäßig niedrige Bezugsbasen berechnet sind, werden durch Qualitätsmängel und Ausschußproduktion wieder aufgefressen.

In diesem Zusammenhang gewinnt das offizielle Eingeständnis, daß der mitteldeutsche Werkzeugmaschinenbau hinsichtlich seiner Technologie gegenüber dem Werkzeugmaschinenbau Westdeutschlands um 10 bis 12 vH zurückliege, erhebliche Bedeutung. Jeder wirtschaftliche Fortschritt darf ja nicht nur vom Standpunkt des Technikers, sondern muß auch unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität bewertet werden. Mangelhafte Technologie bedeutet aber geringere Arbeitsproduktivität und damit geringere Rentabilität. Daß dies ausgerechnet für den Werkzeugmaschinenbau zugegeben wird, ist deshalb interessant, weil es ohne Werkzeugmaschinen keine technisch-industrielle Weiterentwicklung gibt. Daher auch das starke Interesse der Sowjetunion an westlichen Werkzeugmaschinen, weil man hier noch kein „Weltniveau“ erreicht hat. Die Bundesrepublik lieferte ja im letzten Jahre mehr Werkzeugmaschinen nach Rußland als England, Frankreich und die USA zusammen.

Ein bisher noch immer nicht beseitigter Engpaß der mitteldeutschen Industriewirtschaft besteht in der schlechten Versorgung mit Material aller Art, vom Rohstoff über die Halbwaren bis zum Ersatzteil. Monatlich werden Submissionen veranstaltet, auf denen die in den Betrieben lagernden und aus irgendwelchen Gründen nicht benötigten Materialien angeboten werden. Jetzt beschäftigt man sich mit einer zentralen Tauschkartei und hofft damit, Versorgungslücken schließen zu können. Solange jedoch eine einigermaßen kontinuierliche und mit den betrieblichen Produktionsauflagen abgestimmte Materialversorgung nicht gewährleistet werden kann, wird der Betriebsegoismus notwendigerweise zur Hortung von Materialien führen. Die Hauptschuld liegt jedoch bei den Stellen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung.

Bei dem VEB Montan Leipzig lagern seit dem Januar 1959 etwa 130 t Chromnickelstähle mit einem auf 180 000 DM bezifferten Wert. Sie werden bei diesem Betrieb wegen zwischenzeitlicher Konstruktionsänderungen nicht mehr benötigt. Die zuständige Filiale der Notenbank, die bei den VEB die sogenannte Kontrolle durch die Mark wahrzunehmen hat — und solche Lager bedeuten ja festgelegtes Geld —, verlangte die Abgabe des Stahllagers an den VEB Edelstahlhandel. Dieser Handelsbetrieb schaffte in einer Zeit von sechs Monaten immerhin die Übernahme von 17 t. Den Rest lehnte er ab, weil die Atteste der Analysen nicht vorhanden seien. Er war keinem Argument zugänglich und verlangte die Verschrottung, was jedoch nunmehr an dem Widerstand der Notenbank scheiterte, die darauf hinwies, daß bei anderen Betrieben der Stahl dringend benötigt werde.

Es fehlt nicht nur an Stahl, oft sind es — nach unseren Begriffen — Kleinigkeiten. Der VEB Kautasit-Werk Dresden produziert nicht genug Gummiringe für Dichtungen. Ohne diese Gummiringe sind jedoch die für die Stoßbohrgeräte vorgesehenen Pumpen wertlos. Die Stoßbohrgeräte sind aber im Exportplan festgelegt. Nicht ganz fertiggestellte Serien müssen also in den Betrieben lagern und auf die Anlieferung der fehlenden Materialien warten. Dies macht den amtlichen Stoßseufzer verständlich, daß es einfach nicht möglich sei, die Exportbetriebe zu einer kontinuierlichen Produktionsauslieferung zu bewegen. Im 1. Halbjahr 1958 hätten 45,4 vH der Exporte realisiert werden können, im 1. Halbjahr 1959 nur 44,4 vH und im 1. Halbjahr 1960 wurde gar kein Prozentsatz mehr angegeben, was auf eine weitere Verschlechterung schließen läßt. Das Schwergewicht der Exportauslieferung liege jeweils im 4. Quartal mit mehr als 30 vH. Der beschwörende Hinweis der Plankommission, daß die Betriebe auf der anderen Seite forderten, daß die Einfuhren in die SBZ gleichmäßig fließen, wozu ihre Exportgebarung im Widerspruch stünde, macht deutlich, daß der mitteldeutsche Außenhandel fast ausschließlich Tauschhandel darstellt.

Auf andere Mängel hat die Elektrokonferenz beim VEB Carl Zeiss, Jena, aufmerksam gemacht. „Minderwertige Bauelemente hemmen die Entwicklung“, lautete eine offizielle Feststellung. „Seit vielen Jahren haben wir Hinweise zur Verbesserung gegeben, aber keine Änderung erreichen können. Die Lage ist besonders kritisch bei Halbleitern, Kontakt-Bauelementen und Gasentladungslampen.“ Die ständigen Klagen der Bauindustrie über fehlende Ersatzteile haben bisher auch noch nichts gefruchtet. Einzelne Großgeräte sind wegen fehlender Ersatzteile bis über zwei Jahre nicht einsatzfähig. Die ungenügende Planerfüllung beim Wohnungsbau geht mit auf solche Erscheinungen zurück. Für das 1. Quartal 1960 war dem Wohnungsbau der SBZ ein Soll von 21 vH gesetzt. In den ersten zwei Monaten waren aber nur 3,8 vH (1959 = 3,9 vH) realisiert worden.

*

Der von *Ulbricht* im Sommer 1956 verkündete friedliche wirtschaftliche Wettbewerb mit der Bundesrepublik reizt besonders in *Berlin* zu Vergleichen. Das heftige Bemühen des Ostens, West-Berlin von der Bundesrepublik unter dem Trugbild einer sogenannten Freien Stadt zu isolieren, wird gerade auch durch diese Vergleichsmöglichkeiten bestimmt. Einem Wettbewerb sollte man sich eigentlich nicht stellen, wenn man nach über zehn Jahren planwirtschaftlicher Betätigung heute in Ost-Berlin statuiert, daß die Planung „grundlegend“ zu verbessern sei, daß ein „Widerspruch zwischen den objektiven Erfordernissen des Aufbaus unserer Stadt und dem Zu-

rückbleiben des Tiefbaus“ bestehe, weil die „neue Technik“ ungenügend Anwendung finde, ja, daß das Berliner Bauwesen gegenwärtig noch nicht auf der Höhe seiner Aufgaben stehe. Mangelhafte Koordinierung der Bauarbeiten und unzureichende Vorbereitung der Bauvorhaben verursachten hohe volkswirtschaftliche Verluste. Eigentlich ist es unverständlich, warum man es dem westlichen Wettbewerbspartner so leicht macht, bei einem Vergleich besser abzuschneiden.

Auch die Ostberliner Industrie mußte sich kürzlich ernste Worte sagen lassen. Ihr wird das Zurückbleiben in der Erfüllung der Staatsplanpositionen, der Exportverpflichtungen und der Finanzpläne vorgehalten. Mit schlechtem Beispiel gingen die Großbetriebe Bergmann-Borsig, TRO Karl Liebknecht, Stern-Radio, Elektroprojekt Funkwerk Köpenick und Großdrehmaschinenbau 7. Oktober voran. Die SED muß sich sehr stark fühlen, wenn sie als die „Hauptursache für die Mängel in der Führung unserer Wirtschaft“ die Trennung von Politik und Ökonomie und das „liberale Verhalten von Staats- und Wirtschaftsfunktionären gegenüber den Parteibeschlüssen“ und damit demnach die Arbeitsweise der fachlich denkenden und handelnden Kräfte in der Wirtschaftsverwaltung anprangert. Mit lupenreinen Parteidogmatikern allein wäre man noch viel schlechter gefahren.

Wer ist für die Ursachen der hohen Ausfallstunden verantwortlich? Bestimmt nicht die Leitung der einzelnen Betriebe oder gar die „sozialistischen Brigaden“, denen Ulbricht syndikalistisches Verhalten vorwarf. Die Ursachen liegen sowohl in dem ganzen System als auch in den Fehlentscheidungen der Spitzenkräfte. Die SED hat berechnet, daß allein in Ost-Berlin die Senkung eines Teiles der Ausfallstunden, nämlich der beeinflussbaren Ausfallstunden, um 20 vH für die Industrie den Gewinn von 2350 Arbeitskräften mit

einer Produktionsleistung von 100 Mill. DM im Jahr bedeuten würde. Das würde also einer durchschnittlichen Monatsleistung von 3546 DM je Kopf entsprechen. Wer hat nun aber die Ausnutzung dieser Produktionsreserve bisher verhindert? Sollte man sich nicht an die eigene Nase fassen? Muß man es nicht als geradezu wirtschaftsfeindlich bezeichnen, wenn als Folge des „sozialistischen Prämiensystems“ beispielsweise im Eisenhüttenkombinat StalinStadt an der Masselgießmaschine die Beschädigungen der Eisenbahnwaggons auf jetzt 42,2 vH gestiegen sind, nur weil die Prämiennorm den individuellen finanziellen Nutzen um so höher bewertet, je weniger Löschwasser zum Ablöschen der verladenen, rotglühenden Massel verbraucht wird?

Ohne den Arbeits- und Leistungswillen der als liberal bezeichneten Wirtschaftsfunktionäre und die Tatkraft der Techniker, Ingenieure und Arbeiter wären die Parteiplaner bald am Ende ihres Lateins. Solche Leistungen wie die des Dipl.-Ing. Seltz im Stahl- und Walzwerk Gröditz, dem es erstmalig in der SBZ gelang, flüssigen Stahl am Siemens-Martin-Ofen durch Einblasen gemahlener Elektrodenkohle mit Preßluft aufzukohlen, ein Verfahren, durch das in Gröditz je Jahr 1500 t Qualitäts- und Edelmehle mit einem Nutzen von rund 80 000 DM zusätzlich sollen erzeugt werden können, entspringen nicht planwirtschaftlicher Dogmatik, sondern dem durch nichts zu unterdrückenden Schaffensdrang, für den der Deutsche in der Welt nicht nur gelobt wird.

Es gibt nur einen Grund dafür, daß das wirtschaftliche und das Versorgungsniveau in Mitteldeutschland noch immer nicht dem westdeutschen entspricht und daß im Lebensstandard ein deutliches West-Ost-Gefälle besteht: das ist das von der SED diktierte Wirtschaftssystem, der Zwillingbruder der politischen Druckordnung.

Dr. Walter Meier